
Laboratorium der Erneuerung?

Die Volkspartei CDU in Nordrhein-Westfalen

Volker Kronenberg

Triumph, Betriebsunfall, Sensation, Zäsur – die Bewertung variiert, der Sachverhalt nicht: Das Ergebnis der nordrhein-westfälischen Landtagswahl am 22. Mai 2005 hatte beachtliche Folgen. Wieder einmal NRW: Finden an Rhein und Ruhr Wahlen statt, blickt ganz Deutschland auf das bevölkerungsreichste der 16 Bundesländer. Denn bereits mehrfach in der Geschichte der Bundesrepublik hatten Wahlen dort Signalwirkung für den Bund. So auch 2005: Das „Stammland“ Nordrhein-Westfalen war, wenn auch zunächst nur für eine Legislaturperiode, aus SPD-Sicht verloren. Doch damit nicht genug: Mit NRW „kippte“ ebenfalls die rot-grüne Koalition in Berlin. CDU und FDP erklärten umgehend, miteinander künftig – ebenso wie in Nordrhein-Westfalen – die Regierungsverantwortung übernehmen zu wollen, was in Folge des überraschenden Wahlergebnisses vom 18. September bekanntlich nicht gelang. Die Düsseldorfer Koalition geriet, wenn auch ungewollt, zum „bürgerlichen“ Gegenmodell zu jenem im Bund, das sich – auf traditionell schwierigem Terrain und trotz großer politischer Herausforderungen in Zeiten der akuten Finanz- und Wirtschaftskrise – bislang bewährt. Nicht zuletzt im Lichte der demoskopischen Zustimmungswerte, die für die FDP, ebenso für die CDU und ihren Landesvorsitzenden, Ministerpräsident Jürgen Rüttgers, stabil, ja vorteilhaft sind¹.

Erweist sich Nordrhein-Westfalen, von Karl Arnold einst als „Kernland der Bundesrepublik“ bezeichnet, damit womöglich als Laboratorium der Erneuerung christdemokratischer, bürgerlicher Profilierung und Positionierung im komplexen Fünf-Parteiensystem der Gegenwart? Unübersehbar jedenfalls ist, dass sich die Bundes-CDU, sei es im neuen Grundsatzprogramm von Hannover, sei es im Beschluss des Stuttgarter Parteitags, inhaltlich-strategisch ihrem mitgliederstärksten Landesverband angenähert hat. Eine Analyse von Selbstverständnis, Strategie und Perspektiven der NRW-CDU und ihres Vorsitzenden Jürgen Rüttgers soll im Folgenden einige Perspektiven für die Wahlen 2009/10 aufzeigen.

Im „Stammland“ der Sozialdemokratie – elektorale und koalitionspolitische Ausgangslage

22. Mai 2005, 18.00 Uhr: Die politische Sensation in NRW war perfekt. Die SPD hatte mit 37,1 Prozent ihr schlechtestes Landtagswahlergebnis seit 1954 zu verkraften, wohingegen die CDU, mit 44,8 Prozent der Stimmen stärkste Partei im neuen Landtag, ihren größten Wahlerfolg seit 1975 erzielte – und dies in jenem Bundesland, in dem die Sozialdemokraten seit 39 Jahren ununterbrochen den Regierungschef hatten stellen können. Zusammen mit der FDP, die 6,2 Prozent der Zweitstimmen auf sich vereinte, war damit die Bildung einer „bürgerlichen Koalition“ möglich. Schwarz-Gelb im bevölkerungsreichsten Bundesland: Gegenmodell zur amtierenden Koalition im Bund – ja, aber auch ein Menetekel für Rot-Grün? Die Antwort kam bekanntlich postwendend aus Berlin. Die Regierung Schröder/Fischer gab auf. Wieder einmal hatte sich NRW, nach 1966 und 1995, als „Schlüsselland für politische Mehrheitsbildungen“², als Laboratorium der koalitionspoliti-

schen Erneuerung erwiesen. Diesmal, 2005, zugunsten von CDU und FDP. Bei den Wahlen zuvor zugunsten der SPD und einer fast vierzigjährigen Dominanz in drei verschiedenen Regierungsmodellen. Man erinnere sich: Seit Heinz Kühn 1966 zum Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen gewählt worden war, hatten vier sozialdemokratische Regierungschefs in der Düsseldorfer Staatskanzlei amtiert: Kühn selbst bis 1978, danach für zwei Jahrzehnte Johannes Rau, dem 1998 Wolfgang Clement und 2002 wiederum Peer Steinbrück folgten. In diesem Zeitraum, zumal in der Phase sozialdemokratischer Alleinregierung von 1980 bis 1995 unter dem populären Johannes Rau, entstand und verfestigte sich der Mythos von NRW als dem „Stammland“ der Sozialdemokratie.³ In Vergessenheit geriet dabei immer mehr die Tatsache, dass seit Gründung des bevölkerungsreichsten deutschen Bundeslandes die CDU fast zwei Jahrzehnte mit Karl Arnold und Franz Meyers (unterbrochen nur von einem zweijährigen Intermezzo Fritz Steinhoffs) den Ministerpräsidenten gestellt und bei 14 Landtagswahlen in der Geschichte des Landes die CDU immerhin acht Mal, die SPD hingegen nur sechs Mal auf dem Spitzenplatz in der Wählergunst landete. In Vergessenheit geriet dabei ebenfalls, dass in bestimmten Regionen des Landes wie am Niederrhein, in Ostwestfalen oder im Münsterland über Jahrzehnte hinweg konstant die CDU die dominierende politische Kraft war, nicht die SPD. Und doch verfügte die CDU seit 1966, dank der bundespolitisch bedeutsamen und folgenreichen Hinwendung der NRW-FDP zur SPD, über keine realistische Machtoption mehr im Land, obwohl sie selbst bei den Wahlen 1970 und 1975 im Vergleich zur SPD stimmenmäßig besser abschnitt.

In Ermangelung eines möglichen Regierungspartners, vor allem aber angesichts parteiinterner Querelen um strukturelle, inhaltliche und nicht zuletzt personelle Konstellationen konnte die NRW-CDU in den siebziger und

achtziger Jahren kaum als regierungsfähig gelten. Umgekehrt die SPD, deren Position in bevölkerungsreichen Teilen des Landes, beispielsweise im Ruhrgebiet, aufgrund der sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen fast unerschütterlich schien. Zumal die identitätsstiftende und an das bayerische Erfolgsmodell angelehnte Imagekampagne der Landesregierung „Wir in NRW“ in der Ära Rau immer mehr zu einem transpolitischen Synonym von Land, Bürgern und Partei wurde.⁴ „Ähnlich wie die CSU in Bayern“, so analysierte Karl Rohe aus der Perspektive des Jahres 1996, sei es der NRW-SPD „weithin gelungen, als authentischer Ausdruck der politischen Kultur des Landes angesehen zu werden“⁵ – ja, mehr noch: Die SPD an Rhein und Ruhr habe sich derart als „Staatspartei“ im Bewusstsein der Bevölkerung zu etablieren verstanden, dass diese sich eine Regierung in Nordrhein-Westfalen ohne die SPD kaum noch vorstellen könne. Die geradezu „hegemoniale Position“⁶ der Sozialdemokratie beispielsweise im bevölkerungsstarken Ruhrgebiet – historisch in Auseinandersetzung mit der einstmaligen starken KPD – ließ sich Rohe zufolge dadurch erklären, dass es der SPD in den Jahrzehnten nach Ende des Zweiten Weltkriegs gelungen sei, zum politischen Ausdruck eines vergleichsweise unideologischen Milieus der „kleinen Leute“ zu werden, das sich um die Gewerkschaften, Großbetriebe und Kommunen zentrierte. Diese Verstetigung des Wandels Nordrhein-Westfalens vom „sozialdemokratischen Armenhaus“ im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu einer „Wagenburg der SPD“ seit den 1970er Jahren – vor allem wurzelnd in sozialstrukturellen und kulturellen Entwicklungen des Landes –, gar eine Fortschreibung der sozialdemokratischen Erfolgsgeschichte an Rhein und Ruhr, basierte jedoch auf bestimmten – und retrospektiv betrachtet: überaus fragilen – Voraussetzungen. Neben der Popularität des sozialdemokratischen „Landesvaters“ Rau, dem koaliti-

onspolitischen Erfolg von „Rot-Grün“, der anhaltenden Schwäche der CDU sowie dem Scheitern der FDP am Einzug in den Düsseldorfer Landtag verwies Rohe darauf, dass eine ernsthafte Gefährdung der sozialdemokratischen Dominanz in NRW, zumal im Ruhrgebiet, (nur) für den Fall zu erwarten sei, dass „im Gefolge der Bildungsexpansion und einer zunehmenden technokratischen Spezialisierung des politischen Geschäfts Prozesse in Gang kommen, die die Fähigkeit zur symbolischen Vermittlung von Politik austrocknen lassen und die milieuhafte-affektiven Grundlagen der SPD untergraben“⁷.

Sämtliche dieser von Rohe benannten Voraussetzungen zur Fortschreibung der sozialdemokratischen Erfolgsgeschichte waren zehn Jahre später nicht länger gegeben: „Landesvater“ Johannes Rau hatte 1998 nach zwei Jahrzehnten das Amt des Ministerpräsidenten an seinen Nachfolger Wolfgang Clement – im Selbstverständnis und Habitus mehr „Vorstand der NRW AG“⁸ denn „Landesvater“ – abgegeben und die landespolitische Bühne in Richtung Bundespräsidialamt verlassen. Die rot-grüne Landesregierung in Düsseldorf rieb sich, vor allem in der kurzen Amtszeit von Ministerpräsident Peer Steinbrück, mehr an internen Querelen auf denn an einer ambitionierten politischen Agenda⁹, wohingegen sich die NRW-FDP, seit 2000 erneut im Landtag vertreten, nach dem Tod ihres Vorsitzenden Jürgen Möllemann verstärkt der führenden Oppositionsfraktion CDU zuwandte, die ihrerseits unter ihrem Vorsitzenden Jürgen Rüttgers zu bislang ungekannter personeller und inhaltlicher Geschlossenheit, zu Zuversicht und Siegeswillen fand. Letzteres vor allem in dem Maße, in dem Rot-Grün, sei es in NRW, sei es auf Bundesebene, immer mehr an Rückhalt in der Bevölkerung verlor. Nach einer „gelben Karte“ für die Regierungskoalition bei der Wahl 2000 war es fünf Jahre später schließlich soweit: Die SPD musste, mit erheblichem bundespolitischem Gegenwind

aufgrund der Schröderschen „Agenda-Politik“, ja mit Frust der eigenen Stammwählerschaft konfrontiert, nach fast vier Jahrzehnten auf die Oppositionsbänke wechseln. Die „Stunde Rüttgers“¹⁰ und seiner Partei hatte geschlagen.

„Maß und Mitte“ – Traditionen und Prägungen der NRW-CDU

Jürgen Rüttgers und seine Partei, über fünf Jahre hinweg systematisch auf die Regierungsübernahme vorbereitet, blicken seit 2005 geschichts- und selbstbewusst zurück nach vorn. Nach dem Motto: Mit Arnold und in Analogie zu Rau, mit eigener Partei- und gewachsener Landestradi-tion sowie einem klaren ordnungspolitischen Koordinaten-system der *sozialen* Marktwirtschaft NRW zu einem neuen Stammland der CDU werden zu lassen. „Nordrhein-Westfalen“, so stellte Karl Arnold in einer Regierungserklärung vor nahezu sechs Jahrzehnten, im September 1950, fest, „will und wird das soziale Gewissen der Bundesrepublik sein“¹¹. Was Arnold damals als Ministerpräsident parteiübergreifend als Anspruch und Selbstverpflichtung formulierte, verweist wesentlich auch auf die politisch-ideelle Grundprägung der nordrhein-westfälischen CDU. Diese ist, vor allem im Lichte der programmatischen Anfänge von Köln, Neheim-Hüsten und Ahlen bis hin zu den Düsseldorfer Leitsätzen, einst nicht ganz zu Unrecht als „katholische SPD“¹² charakterisiert worden, auch wenn sie gleichwohl nie eine „christliche Gesinnungspartei“ war.¹³ Das Ahlemer Programm, das 1947 formuliert wurde und als Kompromiss zwischen katholischem Solidarismus und liberaler Marktwirtschaft die verschiedenen Flügel der Partei in der politischen Mitte zusammenführte¹⁴, stellte auch in der Folgezeit eine wesentliche Grundlage der CDU-Politik dar. Programmatische Erweiterungen und

Fortentwicklungen, bspw. im Bereich der Wirtschafts- bzw. Ordnungspolitik, fanden 1949 in den „Düsseldorfer Leitsätzen“ ihren Niederschlag, wo an die Stelle von „Sozialisierung“, „Bedarfsdeckung“, „Vergesellschaftung“ à la Ahlen die Kompromissformel der „Sozialen Marktwirtschaft“ als Alternative zur „freien Wirtschaft“ sowie zur „Planwirtschaft“ trat. Gleichwohl verstand sich die nordrhein-westfälische CDU auch künftig als eine Partei (wenn auch formal bis 1987 in zwei Landesverbände getrennt), die sich besonders des sozialen Moments im Ordnungssystem der „Sozialen Marktwirtschaft“ – einem, wie Arnold es ausdrückte, „sozial gebändigten Kapitalismus“ – verpflichtet sah. Die Namen Arnold, Katzer oder Blüm stehen für diese jahrzehntelange Tradition an Rhein und Ruhr, der sich auch der heute amtierende CDU-Landesvorsitzende, Ministerpräsident Jürgen Rüttgers – nicht zuletzt aus eigenen biographischen Prägungen heraus¹⁵ – verpflichtet weiß.¹⁶

Es ist daher kein Zufall, dass Rüttgers, nachdem er am 22. Juni 2005 zum ersten CDU-Ministerpräsidenten in Nordrhein-Westfalen nach 39 Jahren gewählt worden war, am Grab seines einstigen Amtsvorgängers Arnold auf dem Düsseldorfer Südfriedhof einen Kranz niederlegte¹⁷ und damit zugleich ein erstes politisches Signal als Ministerpräsident¹⁸ aussandte, nämlich jene neue soziale und wirtschaftliche Ordnungspolitik verwirklichen zu wollen, die den Bürgern „Vertrauen in die Politik und die Zukunft“¹⁹ zurückgebe. Die NRW-CDU und ihr unbestritten souverän agierender Landesvorsitzender nennen dies, in bewusster Anknüpfung an das Vermächtnis Karl Arnolds, Reformpolitik der „neuen Sicherheit“.²⁰ Dementsprechend setzt Jürgen Rüttgers seit Regierungsübernahme im Jahr 2005 alles daran, durch Bürokratie- und Schuldenabbau sowie Bildungs- und Forschungsförderung NRW zu einem international hoch attraktiven Investitionsstandort zu machen, ohne dabei die Frage nach sozialer Gerechtigkeit, „Maß und Mitte“ jenseits von Ange-

bot und Nachfrage aus dem Auge zu verlieren. Kein geringer Anspruch, den der CDU-Vize damit formuliert und konzeptionell zu fundieren sucht. Letzteres ebenfalls nach dem Motto: ein Blick zurück nach vorn. Denn zu Rüttgers' geistigen Leuchttürmen zählt, seit vielen Jahren, und immer wieder in seinen Reden und Büchern erwähnt, der Ökonom und Kulturphilosoph Wilhelm Röpke (1899–1966), neben Walter Eucken, Alfred Müller-Armack, Alexander Rüstow und Ludwig Erhard einer der geistigen Väter der „Sozialen Marktwirtschaft“. Zu den Grundüberzeugungen des Autors so programmatischer Werke wie „Maß und Mitte“ (1950) bzw. „Jenseits von Angebot und Nachfrage“ (1958) – auch diese immer wieder von Rüttgers in Zitaten, Reden und Beiträgen herangezogen²¹ – gehört, dass der Erfolg der Marktwirtschaft wesentlich von der Existenz einer geistig-moralischen Rahmenordnung abhängt, für die der freie Markt zwar die kongeniale Sozialtechnik ist, die aber durch diesen nicht hervorgebracht und gesichert werden kann. Wenn Röpke einerseits für die Stärkung der Einzelperson im Widerstreit mit Kollektivismus plädiert, andererseits für die Selbstverantwortung der Menschen und für die freiwillige Solidarität, wenn er gleichzeitig dem Staat die zentrale Aufgabe zuweist, den wirklich Schwachen zu helfen und ihnen einen Existenzhalt zu bieten, „ohne das Problem der Lebensvorsorge der Schwachen zum Vorwand für gleichmacherische Einwalzung der Einkommensunterschiede zu nehmen“²², so sind dies Positionen, die Rüttgers, Jahrzehnte später, prinzipiell durchaus teilt und seiner Vorstellung von einer Politik der „neuen Sicherheit“ mit Fokus auf Verlässlichkeit, Leistungsbereitschaft und Fairness zugrunde legt.²³ Eine Politik, die auf die zunehmenden Akzeptanzprobleme innerhalb der Bevölkerung gegenüber der „Sozialen Marktwirtschaft“²⁴ reagiert bzw. diese Akzeptanzprobleme zu bekämpfen sucht. Dass „Sozial“ dabei keineswegs heißt, ständig Sand in das Ordnungs- und Anreizsystem der Markt-

wirtschaft streuen zu können, ohne eine wirtschaftliche und mentale Erstarrung heraufzubeschwören, die ihrerseits in Wohlstandsverlusten, Ungerechtigkeiten und Unsicherheiten endet, hat Rüttgers von Röpke gelernt. Zugleich teilt er dessen Einsicht, dass eine Wirtschaftsordnung, die zur Freiheit erzieht und sich in den Dienst der Menschen stellt, bessere ökonomische und wertvollere moralische Argumente auf ihrer Seite hat als ein dirigistisch-etatistisches System auf der einen und ein „angelsächsisch-kapitalistisches“ auf der anderen Seite. „Maß und Mitte“, ordo-liberal und doch sozial flankiert: So ist Jürgen Rüttgers – und mit ihm die nordrhein-westfälische CDU – heute auf die nötige Balance zwischen Freiheit, Deregulierung und Wettbewerb auf der einen Seite und sozialer Absicherung, Chancengleichheit und Gerechtigkeit auf der anderen Seite bedacht. Konkret: Ende des subventionierten Steinkohle-Bergbaus in NRW? Ja, aber sozialverträglich für die betroffenen Arbeitnehmer abgedeckt! Liberalisierung des Hochschulrechts samt Entscheidungsfreiheit der Universitäten, Studienbeiträge zu erheben? Ja, aber letztere können nachgelagert entrichtet werden. Bürokratieabbau bei Landesbehörden? Ja, aber sozialverträglich.

Gerät diese angestrebte ordnungspolitische Balance à la „Maß und Mitte“ aus NRW-Perspektive in Gefahr, beispielsweise im Zuge des Leipziger Parteitags der CDU, als die Partei die Agenda-Politik von Gerhard Schröder durch noch weiterreichende Reformbeschlüsse überbieten wollte, zieht Jürgen Rüttgers, unterstützt von seinem Landesverband, die Reißleine: Er warnt vor „Lebenslügen“ seiner Partei, begründet, warum die Marktwirtschaft sozial bleiben *muss*²⁵ und kämpft auf dem Parteitag in Dresden für eine Korrektur von „Leipzig“. Eine klar „sozial“ akzentuierte Politik, darin weiß sich Rüttgers mit seinem Landesverband einig, kann nicht heißen, den möglichst allumfassenden *versorgenden* Sozialstaat schaffen zu wollen.

Stattdessen setzt die NRW-CDU auf einen vorsorgenden „solidarischen Sozialstaat“²⁶, der Element einer umfassenderen Ordnungspolitik, einer sozialen Ordnungspolitik, ist. Damit wollen Rüttgers und seine Mitstreiter das „Soziale“ für die CDU als „Partei für alle Schichten“ neu und anti-etatistisch bestimmen.²⁷ Es geht um einen Zugewinn an bürgerschaftlicher Freiheit und Chancengleichheit, nicht um Reglementierung und soziales Gleichheitsstreben.²⁸ Ordnungspolitik à la „Maß und Mitte“ soll die Gemeinschaften, in denen Solidarität gelernt und geübt wird, das heißt vor allem die Familien, stärken. Sie soll zudem für die Absicherung der großen Lebensrisiken sorgen, den Menschen bei der eigenverantwortlichen Vorsorge für Alter, Krankheit und Pflegebedürftigkeit helfen und ihnen die Chance zur Selbstbestimmung durch Bildung bieten. Sozialpolitik erschöpft sich mithin nicht nur, noch nicht einmal primär, in materiellen Transfers, auch wenn der NRW-CDU-Chef diesen Aspekt bei den Fragen nach „Hartz IV“, nach einer verlängerten Auszahlung von Arbeitslosengeld (ALG) I an ältere Arbeitnehmer bzw. nach der Notwendigkeit der Erhöhung des Schonvermögens für die Altersvorsorge von Arbeitslosen oder ebenfalls bei seinem Renten-Vorstoß zur Verhinderung drohender Altersarmut stark in den Vordergrund gerückt hat. Doch was oftmals im Wirbel um eine vermeintliche „Rolle Rüttgers“ im Sinne eines populistischen Abrückens des NRW-„Arbeiterführers“ (Franz Müntefering über Jürgen Rüttgers) von ordnungspolitischen Prinzipien aus wahltaktischen Gründen übersehen wurde – wie auch bei seiner Forderung nach einem „Marshall-Plan für Unternehmen“ angesichts der akuten Wirtschaftskrise²⁹ –, war, beispielsweise im Falle von ALG I, die Verknüpfung der Forderung nach einer längeren Auszahlung mit der Forderung nach Kostenneutralität sowie der damit einhergehenden deutlichen Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung. Anders

ausgedrückt: „Neue Sicherheit“, die die Rüttgers-CDU als Kernaufgabe der Politik fordert, meint keineswegs den Verzicht auf Reformen, die man in Koalition mit der FDP seit 2005 ja unbestreitbar initiiert³⁰, nur müssen Reformen „das Leben der Menschen einfacher und sicherer machen, nicht unsicherer und komplizierter“.³¹

Die neue „Arbeiterpartei“ in NRW – Strategie und Perspektiven

Der Ton war früh gesetzt: „Der Vorsitzende der Arbeiterpartei bin ich“³². Und: „Wir wollen wirtschaftliche Vernunft mit sozialer Gerechtigkeit verbinden“.³³ Beide Formulierungen ergänzte Jürgen Rüttgers im Sommer 2008 um die Feststellung, in Nordrhein-Westfalen gebe es „nur noch eine Volkspartei“³⁴, die CDU. Ist letztere Aussage dem anhaltend großen demoskopischen Abstand von CDU und der SPD auf Landes- wie Bundesebene³⁵ bzw. dem sich abzeichnenden Wandel des Parteiensystems aufgrund der Etablierung der „Linken“ geschuldet³⁶, so markieren erstere Selbstverständnis, Ambition und strategische Herausforderungen christdemokratischen Regierens in Nordrhein-Westfalen seit 2005, basierend auf einer genauen Analyse des Wahlergebnisses vom 22. Mai 2005.

Der CDU war es gelungen, in nahezu sämtlichen Bevölkerungsgruppen Zuwächse zu erzielen, beispielsweise bei Angestellten mit 9 Prozent oder Rentnern mit 7 Prozent. Deutlich überdurchschnittliche Zuwächse von 14 Prozent gegenüber der letzten Wahl vermochte sie bei Arbeitern erreichen, wo sie mit 42 Prozent stärkste Partei wurde (40 Prozent stimmten für die SPD). Ebenfalls einen überdurchschnittlichen Zuwachs von 14 Prozent erzielte die CDU bei den Arbeitslosen: Hier erreichte die CDU 38, die SPD hingegen nur 35 Prozent.³⁷ Damit war der CDU im Mai

2005 das Kunststück gelungen, nicht nur die unionsfreundlichen Wählergruppierungen für sich erneut zu überzeugen bzw. diese zur Stimmabgabe zu mobilisieren, sondern ebenfalls in Bevölkerungsgruppen zu punkten, die traditionell eher der SPD zuneigen.

Diesen elektoralen Erfolg galt es nun gemeinsam mit der FDP in eine überzeugende, zustimmungsfähige Regierungspolitik münden zu lassen. Jürgen Rüttgers und seine Partei zielen, in klarer und effektiver Rollenteilung mit dem Koalitionspartner FDP und vor dem Hintergrund des Schrumpfens der Nach-Rau-SPD in NRW sowie der Schröderschen „Agenda-Politik“ samt ihrer kommunikativen und handwerklichen Defizite³⁸ seither auf jene strategische „Quadratur des Kreises“, die darin besteht, Reformen initiieren, althergebrachte Gewohnheiten in Frage stellen, Investitionen auf einige zentrale Politikbereiche beschränken und dafür Sparmaßnahmen in anderen Haushaltsbereichen durchsetzen zu müssen und dies, ohne dabei gleichzeitig das Verständnis bzw. die Unterstützung seitens der eigenen Basis, der Wähler und einer Mehrheit der Bevölkerung zu verlieren.

Jürgen Rüttgers als Ministerpräsident, Arbeits- und Sozialminister Laumann, Finanzminister Linssen sowie Wirtschaftsministerin Thoben versuchen auf jeweils eigene und dabei doch stets aufeinander abgestimmte Art, mit ihrem Politikansatz eines aktualisierten rheinischen Kapitalismus dem eigenen programmatischen Anspruch ebenso gerecht zu werden wie den operativen Notwendigkeiten, mit denen sich die CDU als Regierungspartei gegenwärtig konfrontiert sieht. Und dies im Bewusstsein des Willens der Bürger, „dass es wirtschaftlich aufwärts geht und dass es gerecht zugeht im Lande.“³⁹ Entsprechend sieht sich die Rüttgers-Partei als „Treuhand“ der Bürger, vor allem auch jener von Karl Rohe so bezeichneten „kleinen Leute“, „der sich um ihre Anliegen, Sorgen und Hoffnungen küm-

mert und diese Sorgen und Hoffnungen zu den eigenen macht“⁴⁰.

Rüttgers, der Kümmerer, der Anwalt der kleinen Leute, der die Sorgen von „Erna aus Gladbeck“⁴¹ ebenso ernst nimmt wie jene der großen Wirtschaftskapitäne⁴² in Zeiten der Finanzkrise, der landesväterlich über dem tagespolitischen Klein-Klein steht und darauf achtet, dass das Land trotz tief greifender sozio-ökonomischer Umbrüche zusammengehalten wird. Er platziert sich, ganz „Brückenbauer“, in der Mitte des politischen Spektrums und sucht von dort aus, verschiedene Bevölkerungsgruppen zusammenzuführen und Gräben zu überwinden: Arbeiter, Angestellte, Selbstständige und Arbeitslose. Das Spektrum, das Rüttgers in Arbeitsteilung mit seinen Ministern abzudecken sucht, ist, insbesondere angesichts einer nach links gerückten Landes-SPD unter Hannelore Kraft, sehr breit. Eben dem rhetorisch doch allzu zugespitzten Anspruch geschuldet, als „einzig verbliebene Volkspartei“ in Nordrhein-Westfalen alle Wähler- und Bevölkerungsgruppierungen zu integrieren.

Rüttgers selbst, seit dem Wahlsieg der NRW-CDU 2005 die unangefochtene Nummer 1 im Landesverband, sucht diese Integration, ähnlich wie seinerzeit Rau, landesväterlich zu personifizieren. Die symbolpolitischen Anleihen bei seinem Vor-Vor-Vorgänger Rau sind daher nicht nur unübersehbar, sie sind ganz bewusst öffentlichkeitswirksam gewählt. Rau, der große Kommunikator, der stets zu „versöhnen“ statt zu „spalten“ suchte, der die „Bindestriche“ im Landesnamen Nordrhein-Westfalen nie als „Trennungsstriche“ zu akzeptieren bereit war und der für CDU-Mitglieder genauso wählbar schien wie für Sozialdemokraten, ist das Vorbild für einen CDU-Ministerpräsidenten⁴³, der zeitweilig zu den „bekanntesten Sozialdemokraten des Landes“⁴⁴ zählte und der doch, bei allen Reminiszenzen an Rau und die sozialdemokratisch-geprägte Landeskultur,

Reformpolitik im Land gemeinsam mit der FDP offensiv vorantreibt. Dies allerdings ohne unkontrollierten Koalitionsstreit wie in den rot-grünen Vorgängerregierungen unter Clement und Steinbrück und mit einer klaren Rollenverteilung zum Wohle beider Regierungspartner: Die FDP als der forsch drängende Juniorpartner, als selbsternannter Reform-Motor der Koalition, wohingegen die CDU und ihr Ministerpräsident als Seniorpartner ausbalancieren und – ihrem Selbstverständnis als Volks- und eben auch Arbeiterpartei entsprechend – allzu weitgehende Forderungen der FDP sozial abfedern.

Alle belastbaren Daten legen den Schluss nahe, dass es der Regierung bislang erfolgreich gelingt, ihre, wie es die Frankfurter Rundschau anerkennend kommentierte, „wirtschaftsliberale Wende mit christlich-sozialem Überbau“⁴⁵ den Bürgern verständlich zu kommunizieren und jede eindimensionale Reform- und Zumutungsrhetorik zu vermeiden. Jedenfalls ist die Zustimmung, die Rüttgers selbst und die von ihm verantwortete Regierungspolitik anlässlich der Halbzeit der Legislaturperiode erfahren hat und auch heute nach wie vor erfährt, hoch: Die bürgerliche Koalition käme ein gutes Jahr vor der nächsten Landtagswahl auf deutlich über fünfzig Prozent, die CDU selbst auf einen Wert um vierzig Prozent⁴⁶. Unter den Arbeitern würden fast sechzig Prozent Jürgen Rüttgers als Ministerpräsidenten favorisieren.⁴⁷ Wie soll bzw. kann es gelingen, diesen Zuspruch über die anstehenden Wahlen des Jahres 2009 hinaus in das Landtagswahljahr 2010 zu erhalten und zu festigen – und dies trotz der erwartbaren wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Turbulenzen mit all ihren politischen Implikationen?

Die CDU muss sich weiterhin in der Mitte nach links öffnen, sodass die von ihr so bezeichneten „Johannes-Rau-Wähler“, die in einer auf die Linkspartei fixierten und weit nach links rückenden SPD „heimatlos“ geworden sind, für

sie gewonnen werden. Was einer Partei in der programmatischen Tradition eines Karl Arnold nicht allzu schwer fällt, zumal man immer wieder auf die Nähe Arnolds zu Erhard verweisen kann. Strategisch formuliert: „Johannes-Rau-Wähler“ + „Ludwig-Erhard-Wähler“⁴⁸ = deutlich über vierzig Prozent = CDU stärkste politische Kraft in NRW.⁴⁹ Entsprechend dieser Arithmetik wäre es für die NRW-CDU verhängnisvoll und widerspräche auch ihrer programmatischen Landestraddition, würde sie selbst, quasi als „Maxi-Version der FDP“⁵⁰, „ein durchweg neoliberales Modell in der Sozialpolitik“ propagieren⁵¹ bzw. „ständig Neues fordern“⁵², ohne darauf zu achten, dass dies die Bürger, zumal die Arbeiterschaft, ängstige und überfordere. Das Schicksal der SPD in Folge der „Agenda 2010“-Politik stellt ein warnendes Beispiel dafür da, wie Reformpolitik keinesfalls betrieben und kommuniziert werden darf. Zumal nicht an Rhein und Ruhr, wo die Schröder-Politik vereinzelt gar als „menschenverachtend“⁵³ apostrophiert und mit Wolfgang Clement ein ehemaliger Ministerpräsident und nachmaliger Bundeswirtschaftsminister aus der eigenen Partei vertrieben wurde. Den Vorwurf einer „Sozialdemokratisierung der CDU“, von manchem wirtschaftliberalen Vertreter innerhalb und außerhalb der Partei an die Adresse des NRW-Regierungschefs und seiner Partei gerichtet, kann dieser ganz gelassen, ja geradezu selbstbewusst ertragen. Erst recht angesichts der aktuellen demoskopischen Diskrepanz zwischen NRW- und Bundes-CDU.

„Maß und Mitte“ heißt für Rüttgers in Zeiten einer dramatischen Finanz- und Wirtschaftskrise, politisch so zu (re)agieren, dass Sicherheit für Arbeitnehmer und Arbeitgeber in jedem Fall garantiert wird – sei es mit einem 100-Milliarden-Euro-„Deutschlandfonds“ oder mit einem „Marshall-Plan für Unternehmen“ samt möglicher temporärer Beteiligungen des Staates an Unternehmen. Wenn letztere Option mehr nach „Arnold“ denn nach „Erhard“

klings, dann nehmen Rüttgers und seine Partei dies gerne in Kauf, zumal zwei Drittel der Bevölkerung eine derartige Option gutheißen⁵⁴ und jeder weiß, dass Rüttgers keinen „volkseigenen Betrieben“ à la DDR das Wort redet. Strategisch will die Rüttgers-CDU auf gar keinen Fall Gefahr laufen, seitens der linken Opposition als „kalte“, neoliberale Partei gescholten zu werden. Mit einem solchen Image, dessen ist man sich sehr bewusst, verlor die CDU im Bund die Wahlen 2002 und 2005. An Rhein und Ruhr, nach fast vierzigjähriger SPD-Dominanz und mit dem Anspruch, einzig wirklich verbliebene Volkspartei und zugleich auch die neue „Arbeiterpartei“ zu sein, darf dies auf keinen Fall passieren. Koalitionspolitisch hält sich die Rüttgers-CDU mit einer solchen Strategie alle möglichen Optionen offen: entweder Fortsetzung der bewährten „bürgerlichen“ Koalition mit dem Wunschpartner FDP, oder, sollte es staatspolitisch notwendig sein, eine Große Koalition mit der SPD. Eine Dreier-Koalition, sei es das Ampel-, das Jamaika- oder das rot-rot-grüne Modell, kann in ökonomischen Krisenzeiten als allzu fragil ausgeschlossen werden. Schwarz-Grün, von Rüttgers bereits vor vielen Jahren als denkbare Zukunftsmodell innerhalb der CDU in Vorschlag gebracht und grundsätzlich für ihn durchaus reizbar, wird im größten europäischen Ballungsraum wohl aus gleichem Grund keine Chance haben: In Zeiten der Krise keine Experimente!

Doch wie auch immer: Der Boden für die Fortführung einer CDU-geführten Regierung in Düsseldorf über 2010 hinaus ist bereit – ob in einer Zwei- oder Dreiparteienkoalition. Dabei wird Nordrhein-Westfalen aufgrund der zeitlich nachgelagerten Landtagswahl kein koalitionspolitisches Laboratorium für die nächsten Bundestagswahlen darstellen können. Denn sollte es im Herbst 2009 zu einer Koalition aus CDU und FDP im Bund kommen, so taugt die Düsseldorfer Regierung, immerhin bereits mehr als

vier Jahre im Amt, nicht mehr als Avantgarde-Modell für Berlin. Bleibt hingegen die Große Koalition in Berlin auch über 2009 hinaus in Regierungsverantwortung, wird NRW entweder weiterhin ein bürgerliches, ein spezifisch christlich-sozial-liberales Gegenmodell darstellen – oder aber Berlin erweist sich als koalitionspolitisches Laboratorium der Erneuerung für Düsseldorf.

So oder so: An der Rüttgers-CDU führt in Nordrhein-Westfalen auf absehbare Zeit kein Weg vorbei. Wesentlich auch durch die Schwäche der einst stolzen SPD in ihrem „Stammland“ bedingt. Fixiert auf die Lafontaine-Konkurrenz von links und getrieben von einer immer weiter auf klassisch sozialdemokratischem Terrain ausgreifenden Rüttgers-CDU wirkt diese derzeit orientierungs- und rezeptlos. Hinzu kommt, dass mit SPD-Fraktionschefin Hannelore Kraft offenbar keine überzeugende Führungspersönlichkeit gegen den regierenden Ministerpräsidenten in Stellung gebracht werden konnte. Doch die Schwäche der einen Volkspartei zieht nicht zwangsläufig – man blicke auf die Bundesebene – die Stärke der anderen nach sich. Einer demoskopisch ausgezehrten SPD steht dort nämlich eine CDU gegenüber, die selbst nicht über die Werte der letzten Bundestagswahl hinauszukommen scheint. Anders in Düsseldorf, wo zwar ebenfalls, wie im Bund, die FDP im Glanze guter Umfragewerte selbstbewusst als starke Kraft des bürgerlichen Lagers dasteht.⁵⁵ Doch gelingt es der CDU dort bislang überzeugender als auf Bundesebene, mit einer kohärenten Strategie als natürliche Regierungspartei zu erscheinen – und dies vor dem Hintergrund einer fast 40-jährigen Oppositionszeit. Mithin könnte sich Nordrhein-Westfalen doch als Laboratorium der Erneuerung, konkreter: als christdemokratische Avantgarde einer zukunfts-fähigen und traditionsbewussten Volkspartei erweisen. Programmatisch-pointiert formuliert: „Leipzig“ ist tot, es lebe „Düsseldorf“!

Anmerkungen

¹ Vgl. *Schöppner, Klaus-Peter*: Für Rüttgers läuft es gut. Es sieht so aus, als hätte Schwarz-gelb auch in NRW Zukunft, in: Westfalenpost vom 2. Februar 2009. Vgl. „Forsa-Umfrage: Rüttgers stark, Kraft schwach“, in: Kölnische Rundschau vom 4. Februar 2009.

² *von Alemann, Ulrich*: Parteien und Wahlen in Nordrhein-Westfalen: Eine Einführung, in: Ders. (Hrsg.): Parteien und Wahlen in Nordrhein-Westfalen, Köln 1985, S. 11–21, S. 11.

³ Vgl. *Hitze, Guido*: Die Parteien und das Land: Der Mythos vom „sozialdemokratischen Stammland“ NRW, in: Jürgen Brautmeier / Ulrich Heinemann (Hrsg.): Mythen – Möglichkeiten – Wirklichkeiten. 60 Jahre Nordrhein-Westfalen, Essen 2007, S. 153–171.

⁴ Vgl. *von Alemann, Ulrich*: Nüchtern und ohne Leidenschaft: Ein Land hat sich gefunden, in: Canaris, Ute / Rösen, Jörn (Hrsg.): Kultur in Nordrhein-Westfalen. Zwischen Kirchturm, Förderturm und Fernsehturm, Stuttgart 2001, S. 48–56, S. 52 f.

⁵ *Rohe, Karl*: Parteien und Parteiensysteme in Nordrhein-Westfalen. Traditionen und Mentalitäten nach 1946, in: Köhler, Wolfgang (Hrsg.): Nordrhein-Westfalen. Fünfzig Jahre später, Düsseldorf, S. 8–26, S. 18.

⁶ Vgl. *Rohe, Karl*: Vom sozialdemokratischen Armenhaus zur Wagnburg der SPD. Politischer Strukturwandel in einer Industrieregion nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Geschichte und Gesellschaft 13 (1987), S. 508–533, S. 530.

⁷ Ebd., S. 531.

⁸ *Feist, Ursula / Hoffmann, Hans-Jürgen*: Die nordrhein-westfälische Landtagswahl vom 14. Mai 2000. Gelbe Karte für Rot-Grün, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen (1) 2001, S. 124–146, S. 126.

⁹ Vgl. *Korte, Karl-Rudolf / Florack, Martin / Grunden, Timo*: Regieren in Nordrhein-Westfalen. Strukturen, Stile und Entscheidungen 1990 bis 2006, Wiesbaden 2006, S. 272 ff.

¹⁰ Vgl. *Graw, Ansgar*: Die Stunde Rüttgers'. Die Union rüstet für den Wahlkampf und sucht ihr Profil, in: Die Welt vom 21. August 2008.

¹¹ Zitiert nach *Hüwel, Detlev*: Karl Arnold, in: Sven Gösmann (Hrsg.): Unsere Ministerpräsidenten in Nordrhein-Westfalen. Neun Portraits von Rudolf Amelunxen bis Jürgen Rüttgers, Düsseldorf 2008, S. 42–69, S. 60.

¹² Zitiert nach *Rohe, Karl*: Parteien und Parteiensysteme in Nordrhein-Westfalen, S. 23.

¹³ Vgl. Haungs, Peter: Die CDU: Prototyp einer Volkspartei, in: Mintzel, Alf / Oberreuter, Heinrich (Hrsg.): Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1992, S. 172–216, S. 173.

¹⁴ Buchstab, Günter: 1945–1949, in: Ders. u. a. (Hrsg.): Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland, Paderborn 2002, S. 53–64, S. 59.

¹⁵ Vgl. Kronenberg, Volker: Jürgen Rüttgers. Eine politische Biografie, München 2009, S. 15 ff.

¹⁶ Vgl. Rüttgers, Jürgen: Christlich-sozial-europäisch: Karl Arnold als politischer Begründer Nordrhein-Westfalens, in: Historisch-Politische Mitteilungen (15) 2008, S. 1–15.

¹⁷ Vgl. „Rüttgers – Nach der Wahl fuhr er zum Grab von Karl Arnold“, in: Rheinische Post vom 24. Juni 2005.

¹⁸ Korte, Karl-Rudolf u. a.: Regieren in Nordrhein-Westfalen, S. 354.

¹⁹ Vgl. „Rüttgers: Soziale Ordnungspolitik nötig“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 05. April 2005.

²⁰ Vgl. Rüttgers, Jürgen: Christlich-sozial-europäisch: Karl Arnold als politischer Begründer Nordrhein-Westfalens, S. 12.

²¹ Vgl. etwa Rüttgers, Jürgen: Maß und Mitte. Die Wirtschaftskrise ist eine Grundlagenkrise, in: MUT (2) 2009, S. 42–50.

²² Zitiert nach Hennecke, Hans-Jörg: Wilhelm Röpke. Ein Leben in der Brandung, Stuttgart 2005, S. 204.

²³ Vgl. Rüttgers, Jürgen: Die Bürgergesellschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Nur ein starker Staat garantiert eine starke Bürgergesellschaft, in: Dettling, Daniel (Hrsg.): Die Zukunft der Bürgergesellschaft. Herausforderungen und Perspektiven für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, Wiesbaden 2008, S. 63–79.

²⁴ Vgl. exemplarisch Umfrage: Deutsche zweifeln an sozialer Marktwirtschaft. Gierige Manager, Massenentlassungen und die Kluft zwischen Arm und Reich rühren an den Grundfesten der Gesellschaft, in: www.spiegel.de vom 7. Juni 2008.

²⁵ Vgl. Rüttgers, Jürgen: Die Marktwirtschaft muss sozial bleiben. Eine Streitschrift, Köln 2007.

²⁶ Vgl. ebd., S. 141–162. Dass sich das sozialdemokratische Konzept des „vorsorgenden Sozialstaats“ und dasjenige des „solidarischen Sozialstaats“ „wie ein Ei dem anderen gleiche“, betont Franz Walter in einer Rezension der Rüttgers-Streitschrift, in der er zu recht darauf verweist, dass es in beiden Sozialstaatskonzeptionen um einen Weg jenseits von Etatismus und Marktdogmatismus gehe. Be-

merkwürdig in diesem Zusammenhang ist Walters Verweis darauf, dass der sozialethische Begründungsbogen der „neuen Sozialdemokratie“ à la Platzeck, Steinbrück und Steinmeier „im Grunde dem alten Konzept der mitteleuropäischen Christdemokraten“, besonders dem klassischen Subsidiaritätsdenken der katholischen Soziallehre entspreche. Vgl. Franz Walter: Troubadour gegen den Neoliberalismus, in: spiegel online vom 10. September 2007. Während Rüttgers die katholische Soziallehre als wesentliches Fundament des „rheinischen Kapitalismus“ betrachtet und diesen zum „Zukunftsmodell für das 21. Jahrhundert“ machen will, zeigt sich die SPD an diesem Punkt zurückhaltend. Mit dem Projekt der christdemokratischen Restauration à la Rüttgers stehe man, so Walters Bewertung, „heute links von der SPD“.

²⁷ Vgl. Gauger, Jörg-Dieter: „Freiheit in Verantwortung“. Zum Werteverständnis der Union, in: Buchstab, Günter (Hrsg.): Brücke in eine neue Zeit. 60 Jahre CDU. Freiburg i. Br. 2005, S. 139–172, S. 167.

²⁸ Vgl. Schlecht, Otto: Soziale Marktwirtschaft, in: Buchstab, Günter u. a. (Hrsg.): Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland, S. 646 f.

²⁹ Vgl. „Marshall-Plan für Unternehmen“. Spiegel-Gespräch mit Jürgen Rüttgers, in: Der Spiegel (2) 2009.

³⁰ Vgl. Rüttgers, Jürgen: Unser Nordrhein-Westfalen – Das Bundesland der Zukunft. Regierungserklärung von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers zur Arbeit der Landesregierung in der 14. Legislaturperiode am 14. November 2007.

³¹ Rüttgers, Jürgen: Sozialpolitik ist Wirtschaftspolitik, in: Rheinische Post vom 6. Februar 2008.

³² Zitiert nach Frigelj, Kristian: NRW-CDU erschrickt selbst über die große Aufgabe, in: Handelsblatt vom 24. Mai 2005.

³³ Zitiert nach ebd.

³⁴ Zitiert nach Jenker, Carolin: Rüttgers bastelt sich seine Volkspartei, in: www.spiegel.de vom 14. Juni 2008.

³⁵ Vgl. Forsa-Umfrage, in: STERN (7) 2009.

³⁶ Vgl. Decker, Frank: Parteiendemokratie im Wandel, in: Ders./Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien, Wiesbaden 2007, S. 19–61.

³⁷ Vgl. Neu, Viola: Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 22. Mai 2005. Wahlanalyse. Onlinepublikation, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung im Mai 2005.

³⁸ Vgl. *Korte, Karl-Rudolf*: Volksparteien in der Falle der Reformkommunikation, in: Baus, Ralf Thomas (Hrsg.): *Zur Zukunft der Volksparteien. Das Parteiensystem unter den Bedingungen zunehmender Fragmentierung*, St. Augustin/Berlin 2009, S. 249–267.

³⁹ *Dettling, Warnfried*: Optimierungsmöglichkeiten der Christlichen Demokratie, in: Baus, Ralf Thomas (Hrsg.): *Zur Zukunft der Volksparteien*, S. 237–247, S. 238.

⁴⁰ Ebd., S. 242.

⁴¹ *Graalmann, Dirk*: Politik für Erna aus Gladbeck. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers stilisiert sich zum Wächter der sozialen Gerechtigkeit, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 28. April 2008.

⁴² Vgl. *Steinkühler, Karl-Heinz*: „Handeln, nicht jammern“. Wie Ministerpräsident Jürgen Rüttgers gemeinsam mit der Wirtschaft die Krise an Rhein und Ruhr bekämpfen will, in: *Focus* vom 26. Januar 2009.

⁴³ Vgl. *Supp, Barbara*: Handwerker der Macht. Jürgen Rüttgers macht den Johannes Rau, in: *Spiegel* (41) 2008.

⁴⁴ Im Rahmen einer Forsa-Umfrage im Sommer 2006 erhielt Jürgen Rüttgers neben Franz Müntefering und Peer Steinbrück die meisten Nennungen als „bekanntester Sozialdemokrat in Nordrhein-Westfalen“. Vgl. *Nitschmann, Johannes*: Zurück in Rüttgers' Reformwerkstatt, in: www.wdr.de vom 14. August 2006.

⁴⁵ Vgl. *Joeres, Annika*: Das Bergfest des Jürgen Rüttgers, in: *Frankfurter Rundschau* vom 13. November 2007.

⁴⁶ Vgl. *WDR* vom 01. März 2009.

⁴⁷ Vgl. „CDU in NRW: Die neue Arbeiterpartei“, in: *Stern* (7) 2009.

⁴⁸ Vgl. *Markwort, Helmut*: Die Mitte ist nach links gerückt, in: *Focus* (50) 2007.

⁴⁹ *Kronenberg, Volker*: Jürgen Rüttgers, S. 213.

⁵⁰ Zitiert nach „Aus dem Ruder gelaufen“. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers über die Zukunft der Großen Koalition, den Ruf nach Steuererleichterungen und warum die CDU die politische Heimat der Linkswähler werden soll, in: *Der Spiegel* (26) 2008.

⁵¹ *Langguth, Gerd*: Das Innenleben der Macht. Krise und Zukunft der CDU, Berlin 2001, S. 289.

⁵² Vgl. „Rüttgers attackiert Köhler. Jürgen Rüttgers ist unzufrieden

mit dem Bundespräsidenten“, in: www.spiegel.de vom 21. Juni 2008.

⁵³ Zitiert nach: „Nordrhein-Westfalens SPD zunehmend in Bedrängnis. Die CDU spielt erfolgreich auf den Tasten der Sozialdemokraten“, in: Neue Zürcher Zeitung vom 20./21. September 2008.

⁵⁴ Vgl. „Jetzt ist Rüttgers wirklich ‚Arbeiterführer‘. Emnid sieht Schwarz-gelb in NRW klar vorn“, in: Kölnische Rundschau vom 29. Januar 2009.

⁵⁵ Vgl. *Stenglein, Frank*: Wenn das Möllemann wüsste. Das bespöttelte „Projekt 18“ ist in Reichweite, der Höhenflug der FDP hat aber einen Preis: das Ankneten an die CDU, in: Neue Ruhr Zeitung vom 30. Januar 2009.